



**Romische nähere Bestimmungen treffen.** Vollkommen unklar ist natürlich die Haltung Amerikas in dieser Frage. Der Hauptgewicht des neuen Kontinents ist dem, die Grundzüge der internationalen Handelspolitik und der internationalen Handelsverträge werden können, namentlich wie das industrielle Leben in solchen Ländern, die jetzt schweren Erschütterungen ausgesetzt sind, wieder hergestellt werden kann. Als Hauptaufgabe wird das neue Kontinental die Herstellung der Handelsverträge, die die Beziehungen zwischen den Ländern betreffen. Natürlich wird ein Kapital von 20 Millionen Pfund nicht ausreichen. Infolgedessen sollen neue Anleiheoperationen geschaffen werden, deren Kapitalien von denen gesichert werden sollen, die an der Wiederherstellung der Transportmittel in den einzelnen Ländern beteiligt sind.

Um über die Einwirkung der in Paris verhandelten Industriellen und Finanziers seinen Zweifel zu lassen, wurde beschlossen, wie der Pariser „Journal“ meldet, dem Wirtschaftswissenschaftler ein Manifest vorzuschreiben, worin die Rückkehr zum vollkommenen Handelsfreiheit gefordert wird. Besüglich Handelsfreiheit ist die Hauptfrage aller Völker, unter denen Europa leidet. Er hat die soziale Ordnung umgestaltet und die Produktionsmittel vernichtet. Er hat zum vollkommenen Zusammenbruch des Gleichgewichts geführt, welches eine Voraussetzung für das Gelingen des gefährlichsten Lebens ist. Alle Anstrengungen und aller gute Wille, um diesen Zustand der Dinge abzuwenden, würde scheitern, wenn sich diese Lage fortsetzt. Die Konferenz fordert, demnach die kommunistische Regierung von Rußland auf, an ihre Verantwortlichkeiten zu denken. Keine Handelsbeziehungen und kein industrieller Wiederaufbau könnte in einem Lande unternommen werden, welches nicht die formale Berücksichtigung gäbe, daß es das Prinzip der gegenseitigen Respektierung und Respektierung durch eine Geste und keine Macht die Tradition hochhalten würde, die im Handelsverkehr bei allen zivilisierten Völkern eingehalten werden. Die Organisation des Konsums soll vorläufig sein. Über die Staaten werden müssen einzuwirken haben, als sie gewisse Garantien geben müßten, wenn sie die Erhaltung der Handelsfreiheit in der Wege geteilt werden soll, so wird das Konjunktium mit den Importeuren über die abzuschließenden Kontrakte direkt verhandelt. Diese Importeure werden die Regierung betragen, welche Garantien sie den Veräußerern geben kann. Die internationalen Steuererträge eines Monopols, industrielle Konzeptionen sind, damit sie aber für prinzipielle Punkte der ganzen Angelegenheit nicht durch die russische Regierung z. B. irgendwelche Steuern dem Konjunktium als Garantien geben wollte, so würde die Reparationskommission sich sofort einmischen und erklären, daß dadurch die Wähler kompromittiert seien, die die Militärs für die Reparationsforderungen in Deutschland ausgeben. Wie auch dieser Punkt im Interesse der Gesundheit der Wähler liegen keine Neuerungen vor. Im ganzen hat man also den Eindruck, als ob der Plan nur in der sehr vollkommenen Umformung ausgeartet worden sei. Ob es dem Obersten Rat in Cannes gelinnet, ihn auf gesunde Grundlagen zu stellen, muß abgewartet werden.

### Ende des Eisenbahnerstreiks auch in Westdeutschland.

Aus Elberfeld, 2. Jan., wird uns telegraphisch: Die Bezirksvertretung des Deutschen Eisenbahnerverbandes in Elberfeld fordert zur sofortigen Wiederaufnahme der Arbeit auf.

Akt. 2. Jan. Die Streikleitung im Eisenbahnerstreik erläßt einen Aufruf mit der Aufforderung, heute früh 6 Uhr die Arbeit in vollem Umfange wieder aufzunehmen.

### Der Vorlauf der Verhandlungen.

Das „Wolffsche Telegraphenbüro“ veröffentlicht den nachstehenden Vorlauf des Abkommens mit den Eisenbahnerverbänden:

Zwischen den untergeleiteten Vertragsparteien des Lohnvertrages ist folgende Vereinbarung zustande gekommen: 1. In die Stelle des bisherigen Ortsklassenverzeichnisses des Lohntarifvertrages tritt das vom Reichstag beschlossene Ortsklassenverzeichnis für die Reichsbeamten, dessen Veränderte im Reichsgeheft unmittelbar bevorsteht, mit den Veränderungen, die bis zum 1. März 1922 durch einen Reichs- und Reichstagsbeschluss noch getroffen werden sollen. 2. Soweit in einzelnen Orten das bisherige Ortsklassenverzeichnis des Lohnvertrages eine höhere Einstufung als das nunmehr übernommene Ortsklassenverzeichnis vorliegt, wird den Arbeitern, solange sie in einem solchen Orte beschäftigt bleiben, für die Dauer der Gültigkeit des Tarifvertrages der Unterschiedbetrag als persönliche Zulage fortgewährt. Für die Arbeiter der Bahnmehrheiten wird der Lohn nach der Ortsklasse des Ortes festgesetzt, in dessen Gemeindebezirk der Vorkaufahrer ständig oder überwiegend tätig ist. Ist der Vorkaufahrer in mehreren Gemeindebezirken tätig, die nicht derselben Ortsklasse angehören, so ist der Lohn der höchsten Ortsklasse dieser Gemeindebezirk zu bestimmen. Die Bestimmung des Paragraphen 4 (5) des Lohnvertrages wird aufgehoben mit der Maßgabe, daß Paragraph 30 (3) des Lohnvertrages entsprechend Anwendung findet. Vorstehende Vereinbarung tritt mit dem 1. Oktober 1921 in Kraft. In solchen Orten, an denen bisher in dem Lohnvertragsvertrag Uebertenerungszulagen verabreicht waren, werden diese mit Wirkung vom 1. Oktober 1921 rückwirkend um 1 Mark in der Stunde erhöht. Auf den Gesamtbetrag des Uebertenerungszulagen wird der Unterschiedbetrag angerechnet, der sich aus einer Überzahlung durch die Übernahme des Beamtenortsklassenverzeichnisses ergibt. Die Uebertenerungszulagen gelten als Vorzahlung auf die nach Ziffer 4 und 5 einzahlige festzusetzenden Löhne und Uebertenerungszulagen.

### Braunkohlen-Zwangslieferungen an den Feindbund.

Die neuzeitliche kaum gläubliche Nachricht, daß nunmehr auch in großem Umfange Zwangslieferungen von mitteldeutschen Braunkohlen-Erzugnissen an den Feindbund geleistet werden müßten, entspricht, wie uns von zuverlässiger Seite nochmals bekannt wird, leider den Tatsachen nicht. Demgegenüber sind die Lieferungen für die Feindstaaten, seit dem 21. Dezember lediglich eine vorläufige Maßnahme in der Größe der Reichs- und Reichstagsbeschlüsse an die Grenze in Reich abzurufen. Die im Bezirk des Kohlenausgleichs Dresden liegenden Werke stellen wöchentlich zwei Züge, während die in dem Bezirk der Amthausen Kohlenwerke in Bad Godesberg wöchentlich zwei Züge abfertigen müssen. Insgesamt handelt es sich um einen 20 000 Tonn = 400 000 Zentner Bruttos monatlich. Die Bruttolieferungen an den Feindbund sollen bis auf weiteres fortgesetzt werden.

Wenn bei dem Kohlenüberfluß in dem sich der ganze Weltmarkt, mit Ausnahme von Deutschland, befindet, die Wirtschaftserhaltung der Kohlenzwangslieferungen in dem bisherigen Umfange überhaupt dringendes Bedürfnis scheint, dann wäre es dem Interesse der deutschen Volkswirtschaft ausnahmslos gewiss, wenn sich die Lieferungen auf Bezirke beschränken, die den Grenzen und damit den Lieferungen der deutschen Braunkohlenwerke entsprechen können nach Lage der Dinge von den Feindstaaten der Anhebung, Oberlieferung, der Waldenburger Beiseit und Wachen, von den Braunkohlenwerken nur der Lieferfähigkeit in Frage. Bei der jetzt vorgelegenen Abklärung aus Mitteldeutschland können für die Befriedigung der Kohlen auch mehr als 600 000 t in Frage.

Die Unzulässigkeit des Kolonial- und Völkerrechts betrügt mehr als die doppelte Zeit, als wenn die Lieferungen aus dem mehr an der Westküste gelegenen Bezirken erfolgen. Auf diese Weise wird der Feindbund die Möglichkeit der Wirtschaftlichen und insbesondere für die große Masse der deutschen Bevölkerung die dringend notwendige um die bis jetzt letzten Dezemberwochen in nur unzureichendem Maße zur Verfügung gestellte rollende Material an die Längung des Westküsten zu versetzen. Bisher waren die Wirtschaftlichen und insbesondere für die große Masse der Bevölkerung und besserer Kohlenlieferungen bezüglich der Lieferfähigkeit in Frage. Die Wirtschaftliche und insbesondere für die große Masse der Bevölkerung und besserer Kohlenlieferungen bezüglich der Lieferfähigkeit in Frage.

### Die deutsch-schlesische Frage.

Beim Jahresempfang hielt der Präsident der schlesischen Provinz eine Rede, in der er u. a. auch auf die deutsch-schlesische Frage zu sprechen kam, die er als die wichtigste bezeichnet. Dabei sagte er, von schlesischer Seite ist öfters betont worden, daß eine Lösung nach schlesischerem Beispiel wünschenswert sei. Vielleicht könnte man eher vom schlesischen Beispiel sprechen, weil Schlesien ein einheitlicher Staat sei, während die Schweiz von altersher in viele selbstständige Kleinststaaten zerfiel. Unser Staat, wie alle die böhmisches Länder, hat sich historisch einheitlich entwickelt und muß es daher bleiben. Ueber territoriale Autonomie kann und wird nicht verhandelt werden. Das läßt auch die unvortheilhafte Konfiguration der Provinzen nicht zu. Unseren deutschen Bundesgenossen gebührt Anteil in der Administration und in der Regierung. Das versteht sich in einer Demokratie von selbst. Die Mitwirkung legt allerdings eine lokale Anerkennung des Staates voraus.

### Vor dem Parteitag der Unabhängigen.

In der kommenden Woche tritt in Leipzig der Parteitag der Unabhängigen Sozialdemokraten Deutschlands zusammen, der die Entschlüsse über die Frage des Zusammenstehens mit der alten sozialdemokratischen Partei treffen wird. In der Unabhängigen Partei hat sich ein harter rechter Flügel gebildet, der die Einigung einleitet. Von bekannten Führern gehören ihm Dr. Brückner und der Reichstagsabgeordnete Dr. Brückner, Dr. Brückner, an. Auch auf der Gegenseite, bei den Sozialdemokraten, wird eine harte Werbestellung für die Einigung entstehen. Ein Reuebündnis vorläufiglich zwei sozialdemokratische Führer, der Reichstagsabgeordnete Dr. Brückner

und der frühere Reichstagsabgeordnete Hermann Müller, in der Berliner und schlesischen Parteipresse Artikel, die die politischen Gesichtspunkte gegenüber der Einigung hervorheben.

Dieser Stimmen für die Einigung seien jedoch 15 Anträge gegenüber, die verschiedene Dringensgruppen der Unabhängigen Partei gegen eine Einigung an den Parteitag gerichtet haben. Zahlmäßig werden die Gegner der Einigung auf dem Parteitag voraussichtlich das Übergewicht haben.

### Ende des Eisenbahnerstreiks auch in Westdeutschland.

Aus Elberfeld, 2. Jan., wird uns telegraphisch: Die Bezirksvertretung des Deutschen Eisenbahnerverbandes in Elberfeld fordert zur sofortigen Wiederaufnahme der Arbeit auf.

Akt. 2. Jan. Die Streikleitung im Eisenbahnerstreik erläßt einen Aufruf mit der Aufforderung, heute früh 6 Uhr die Arbeit in vollem Umfange wieder aufzunehmen.

### Der Vorlauf der Verhandlungen.

Das „Wolffsche Telegraphenbüro“ veröffentlicht den nachstehenden Vorlauf des Abkommens mit den Eisenbahnerverbänden:

Zwischen den untergeleiteten Vertragsparteien des Lohnvertrages ist folgende Vereinbarung zustande gekommen: 1. In die Stelle des bisherigen Ortsklassenverzeichnisses des Lohnvertrages tritt das vom Reichstag beschlossene Ortsklassenverzeichnis für die Reichsbeamten, dessen Veränderte im Reichsgeheft unmittelbar bevorsteht, mit den Veränderungen, die bis zum 1. März 1922 durch einen Reichs- und Reichstagsbeschluss noch getroffen werden sollen. 2. Soweit in einzelnen Orten das bisherige Ortsklassenverzeichnis des Lohnvertrages eine höhere Einstufung als das nunmehr übernommene Ortsklassenverzeichnis vorliegt, wird den Arbeitern, solange sie in einem solchen Orte beschäftigt bleiben, für die Dauer der Gültigkeit des Tarifvertrages der Unterschiedbetrag als persönliche Zulage fortgewährt. Für die Arbeiter der Bahnmehrheiten wird der Lohn nach der Ortsklasse des Ortes festgesetzt, in dessen Gemeindebezirk der Vorkaufahrer ständig oder überwiegend tätig ist. Ist der Vorkaufahrer in mehreren Gemeindebezirken tätig, die nicht derselben Ortsklasse angehören, so ist der Lohn der höchsten Ortsklasse dieser Gemeindebezirk zu bestimmen. Die Bestimmung des Paragraphen 4 (5) des Lohnvertrages wird aufgehoben mit der Maßgabe, daß Paragraph 30 (3) des Lohnvertrages entsprechend Anwendung findet. Vorstehende Vereinbarung tritt mit dem 1. Oktober 1921 in Kraft. In solchen Orten, an denen bisher in dem Lohnvertragsvertrag Uebertenerungszulagen verabreicht waren, werden diese mit Wirkung vom 1. Oktober 1921 rückwirkend um 1 Mark in der Stunde erhöht. Auf den Gesamtbetrag des Uebertenerungszulagen wird der Unterschiedbetrag angerechnet, der sich aus einer Überzahlung durch die Übernahme des Beamtenortsklassenverzeichnisses ergibt. Die Uebertenerungszulagen gelten als Vorzahlung auf die nach Ziffer 4 und 5 einzahlige festzusetzenden Löhne und Uebertenerungszulagen.

3. Im besetzten Gebiet werden vorläufig mit Wirkung vom 1. Oktober 1921 an denselben Orten, die sowohl nach dem bisherigen Ortsklassenverzeichnis des Lohnvertrages als auch nach dem nunmehr übernommenen Beamtenortsklassenverzeichnis zur Ortsklasse A gehören, Uebertenerungszulagen in Höhe von 1 Mark in der Stunde gewährt. Satz 3 der Ziffer 2 findet entsprechende Anwendung.

4. Es wird festgesetzt, daß nach einer Zulage des Reichsfinanzministeriums die allgemeinen Verhandlungen über Gehalts- und Lohnsteigerung am Donnerstag, den 5. Januar 1922, im Reichsfinanzministerium beginnen.

5. Im Hinblick auf die Verhandlungen zu Ziffer 4 werden mit Rücksicht auf die Verhandlungen der vertragsstehenden Parteien die bestehenden und etwaige neue Uebertenerungszulagen mit Wirkung vom 1. Oktober 1921 endgültig vereinbart.

6. Streikfrage werden nicht bezahlt, Maßregelungen wegen Arbeitsniederlegung finden nicht statt. Vorbehalten bleibt die Verfolgung von gewalttätigen Eingriffen in Vermaltung, Betrieb und Verkehr.

7. Ausführungsvereinbarungen werden die vertragsstehenden Parteien folgen lassen. Die vertragsstehenden Verhandlungen verpflichten sich mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln auf sofortige Wiederaufnahme der Arbeit hinzuwirken.

Berlin, 31. Dezember 1921.

Deutscher Eisenbahnerverband, gen. Schffel.

Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner und Staatsbediensteter, gen. Brune.

Allgemeiner Eisenbahnerverband, gen. Scaruppe.

Der Reichsarbeitsminister, gen. Groener.

### Umwandlung der Erwerbslosenfürsorge.

Im Reichsarbeitsministerium wird ein Gehentwurf ausgearbeitet, der die Umwandlung der Erwerbslosenfürsorge in eine Arbeitslosenversicherung vorsieht. Der Aufwand, den die Versicherung verursacht, soll im Wege des Malageverfahrens durch Beiträge der Arbeitnehmer und Arbeitgeber gedeckt werden. Da die Umwandlung des Geheltes nach einer gewisse Zeit vorzuziehen wird, soll bereits vorher durch einen kleinen Aufschlag auf die Arbeitslosenbeiträge das nötige Kapital für die Versicherung angesammelt werden. Auch die Beiträge, die später auf Grund des Geheltes zu zahlen sind, sollen sich in möglichen Grenzen halten.

Wie das Reichsarbeitsministerium betont, steht der Gehentwurf keineswegs im Widerspruch zu der Reichsversicherung, da es dort nur heißt, das Reich sei verpflichtet, für den Unterhalt der Arbeitslosen zu sorgen, nicht aber gesagt ist, daß es selbst die Kosten dazu aufbringen müsse.

## Deutsches Reich.

Neue Verhandlungen über die Preissteigerung. Im Reichsfinanzministerium finden seit einigen Tagen neue Verhandlungen mit den Vertretern der Landwirtschaft statt über eine Neuordnung der Preisfestsetzung für die Brotfrucht.

Im polnisch-berühmten Teile Oberschlesiens hat sich bereits eine größere Anzahl von Bürgern und lebenden Gemeindebeamten bereit erklärt, ihre Posten auch nach der Übergabe des Landes an Polen beizubehalten. Auch eine Anzahl von deutschstämmigen Polen, meist Deutsche, die der deutschen und polnischen Sprache mächtig sind, werden unter der polnischen Herrschaft weiter im Dienst bleiben. Dagegen konnte bisher kein einziger deutscher Richter zum Weiterbewegen werden.

Die Gemeindeführer im Reichsamt vollziehen sich völlig ruhig und unter großer Wachbeteiligung. Die bisher vorliegenden Ergebnisse zeigen einen starken Einmütigkeit der sozialistischen Parteien und ebenso der kommunistischen Partei.

## Auslands-Rundschau.

Rumänische Petroleumausfuhr. Eine im Ministerium für Handel und Industrie ausgearbeitete Vorlage sieht eine bedeutende Erleichterung und Steigerung der Petroleumausfuhr vor. Die neuen Bestimmungen sollen am 15. Januar in Kraft treten.

Einführung der zweijährigen Militärdienstzeit in Sowjetrußland. Die Sowjetregierung veröffentlichte ein Dekret, wodurch eine zweijährige Dienstzeit in der roten Armee eingeführt wird, die mit dem 18. Lebensjahr beginnt. Die Mannschaften werden ab dem 1. März der aktiven Armee entlassen und bis zu ihrem 40. Jahr der Reservearmee eingereiht.

Autonomie für Syrien. Bei der Beratung des Haushaltsentwurfes für auswärtige Angelegenheiten in der französischen Kammer betont Briand: Die französische Regierung wird innerhalb kürzester Zeit der Bevölkerung Syriens weitestgehende Autonomie gewähren. Nach dem Abkommen von Angora ist die Sicherheit Syriens gewährleistet. Der Haushaltsplan, der als Zivilpolitik für das syrische Oberkommando 50 Millionen Francs vorsieht, wird die Erfüllung der Arbeitsbeschaffung für Armenien garantieren, die nach Syrien kommen werden.

Kammer und Senat in Paris haben nach einer Nachtigung, die gegen die 11. März vorzutragen dauerte, das Subjekt für 1922 verabschiedet, hierauf wurde die außerordentliche Session durch ein Dekret der Regierung geschlossen. Die Kammer hält ihre nächste Sitzung am 10. Januar ab.

Verklärung des finnisch-schwedischen Konflikts. Der russische Konflikt mit Finnland verläuft sich. Nach der gemeinsamen Überlegung der Sowjetregierung und der finnischen russisch-finnländischen Kommission hat die russische Handelsdelegation in Finnland am 27. Dezember ihre Tätigkeit beendet und auf den Abschluss neuer Kaufverträge verzichtet. Am 29. Dezember wurde der finnländischen Regierung eine Note der Sowjetregierung überreicht mit der Mitteilung, daß die russische Evaluationskommission aus Helsingfors abberufen wurde, und mit der Versicherung, daß in der Vorbereitung der finnländischen Kommission ebenfalls abzuwarten. Die Spannung erreicht ihren Höhepunkt.

Armeen in Indien. Im indischen Besitz Kolonial-Bund hat es infolge der Verhaftung von Nationalisten zu Unruhen. Vier Personen wurden getötet, vierzig verwundet. Truppen aus Delhi und Allahabad konnten die Ordnung wiederherstellen.

Beglaubigung des deutschen Geschäftsträgers in Washington. Der deutsche Geschäftsträger Lang hat in Washington sein Beglaubigungs-schreiben überreicht und ist vom Staatssekretär Hughes empfangen worden. Die schnelle Anerkennung des deutschen Geschäftsträgers, der erst am Mittwoch eingetroffen ist, ist auf seinen Urlaub zurückzuführen, von Präsidenten Harding beim Reueabrempfen am Montag zusammen mit den anderen Mitgliedern des diplomatischen Korps empfangen zu werden.

## Provinzial-Nachrichten.

Lehrer, 1. Jan. (Einbruch.) In der Nacht zum Freitag wurde dem Herrmann Wölke das Schweinegeschlachter gestohlen. Der Dieb brach die vor dem Altkirchenfeld eingelaufenen Eisenstange heraus und gelangte so ins Haus. Ein Polizeigeld nahm eine Spur auf. Auf einem Ueberflur wurde eine aus dem Diebstahl stammende Speckseite in einem Saal aufgefunden.

Neuen, 1. Jan. (Zerkauf eines russischen Sanditen.) Hier gelang es dem Volkseinkaufsamt Liebsmann und den Volkseinkaufsamtlichen Häder und Dörmel, den berühmten Einbrucher Anton Wagner (Kuhpöbel) festzunehmen. Wagner hat die ganze Umgebung unruhig gemacht und unglückliche Einbrüche auf dem Gemüßen. Er wurde ins Untersuchungsgefängnis nach Nordhausen abgeführt.

Sachsen, 1. Jan. (Tragik eines Greisenpaars.) Im hiesigen Städtchen-Schloß hatten sich die Herzen eines 87-jährigen Mannes und einer 81-jährigen Witwe gefunden. Sie beschloßen, Neujahr zu feiern. Heute morgen fand man die Braut ihren Auserwählten tot in seiner Stube auf.

Jena, 31. Dez. (Eisenbahnfreud.) Auf dem Saalbahnhof wurden, wie jetzt erst bekannt wird, unlängst sämtliche Signale in der Richtung nach Jena zerstört, das Einschaltsignal auf freie Fahrt gestellt und die Telegraphenleitungen zerstört. Zweifelslos war es auf die Entgleisung eines Zuges abgesehen. Das Eisenbahnbetriebsamt Jena hat auf die Ermittlung des Täters 500 Mark ausgesetzt.

Bad Rade, 31. Dez. (Die Schaffung einer Soldatenkassette) hat sich in den letzten Jahren als dringendes Bedürfnis für Rade herausgestellt. Da die vom Magistrat unternommenen Schritte auf Übernahme privater Wäcker erfolglos geblieben sind, und die Bedeutsamkeit durch das Einlegen privater Wäcker nach geringer geworden ist, so hat die Stadtwirtschaftsverwaltung zur Erlangung in dieser Frage genügt. Einmütig herrschte die Ueberezeugung, daß unbedingt etwas in dieser Angelegenheit getan werden müsse, damit Rade den Namen als Soldat nicht gefährdet werde. Man war überzeugt, daß man dem Bedürfnis nur durch eine großzügige Anlage mit den neuzeitlichen Einrichtungen versehen, abgeben könne, und daß die Errichtung einer solchen nur